

MARIO KESSLER/KLAUS LEDERER

# DIE LINKE, ISRAEL UND DER ANTI-SEMITISMUS: THEMA BEENDET?

Ohne Gegenstimme beschloss der Vorstand der Partei DIE LINKE am 21. Mai 2011: «Es gehört zum Bestand linker Grundpositionen, gegen jede Form von Antisemitismus in der Gesellschaft vorzugehen. Rechtsextremismus und Antisemitismus haben in unserer Partei heute nicht und niemals einen Platz. DIE LINKE tritt (...) mit Partnern entschieden gegen antisemitisches Gedankengut und rechtsextremistische Handlungen auf.»<sup>1</sup> Die Bundestagsfraktion DIE LINKE folgte diesem Beschluss am 7. Juni 2011 einstimmig. Außerdem wurde hinzugefügt: «Wir werden uns weder an Initiativen zum Nahostkonflikt, die eine Ein-Staaten-Lösung für Palästina und Israel fordern, noch an Boykottaufrufen gegen israelische Produkte noch an der diesjährigen Fahrt einer Gaza-Flottille beteiligen. Wir erwarten von unseren persönlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Fraktionsmitarbeiterinnen und Fraktionsmitarbeitern, sich für diese Position einzusetzen.»<sup>2</sup>

Nur kurze Zeit später wurde bekannt, dass sich ein Drittel der LINKE-Abgeordneten an dieser Abstimmung nicht beteiligt hatte. Fortgesetzt wurde diese Entscheidung nun aus den eigenen Reihen kritisiert und auch explizit missachtet. «Undemokratisch und gefährlich» sei dieser Beschluss, so die Bundestagsabgeordnete Anette Groth gegenüber der ARD, eine «Aufkündigung der internationalen Solidarität»<sup>3</sup>. Der Beschluss, so ergänzt sie in einer persönlichen Erklärung, sei «nur durch psychologischen Druck zustande» gekommen und werde von ihr nicht mitgetragen.<sup>4</sup> Andere Abgeordnete dagegen, so die Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau<sup>5</sup>, verteidigten die gefundene Position vehement und nachdrücklich als existenziell für DIE LINKE.

Die Emotionalität der öffentlichen Debatte unter den Beteiligten nahm Züge an, die Beobachter daran zweifeln ließen, dass die linke Bundestagsfraktion diese Auseinandersetzung unbeschadet überstehen würde. Mit dem Ziel, die hochgepeitschten Wogen zu glätten, wurde dann am 28. Juni 2011 per Beschluss nachgelegt. «Wir werden als Linke weiterhin die Politik der israelischen Regierungen gegenüber den Palästinenserinnen und Palästinensern öffentlich kritisieren, wann immer dies wegen deren Völker- und Menschenrechtswidrigkeit notwendig ist. (...) Es ist nicht hinnehmbar, wenn einer derartigen Kritik an der Politik der is-

raelischen Regierung mit dem Vorwurf des Antisemitismus begegnet wird. Wir werden nicht zulassen, dass Mitglieder unserer Fraktion und Partei öffentlich als Antisemiten denunziert werden, wenn sie eine solche Politik der israelischen Regierung kritisieren. (...) Die inflationäre Verwendung des Begriffs des Antisemitismus schadet dem Kampf gegen ihn.»<sup>6</sup> Dem ZDF-Magazin Berlin direkt gegenüber erklärte Bundestagsfraktionschef Gregor Gysi anschließend: «Ich glaube, das Thema ist beendet.»

Ein Ende der oft von Extrempositionen bestimmten Kontroversen innerhalb der Partei DIE LINKE ist jedoch kaum zu erwarten. Warum nicht, sollen die folgenden Bemerkungen zeigen. Zum Verständnis der Kontroversen ist als «Einstieg» ein wenigstens cursorischer Blick auf die Vorgeschichte des Themas «Linke, Antisemitismus und Nahostkonflikt» vonnöten.

## HISTORISCHE POSITIONEN DER ARBEITERBEWEGUNG ZU ANTI-SEMITISMUS UND ZIONISMUS

Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass die Haltung zum Antisemitismus und zum Zionismus in der Geschichte der Linken immer ein widersprüchliches Feld war.

Nach anfänglicher Ignoranz oder ostentativer Abwehr, so durch Karl Marx, befasste sich die Arbeiterbewegung seit etwa 1880 mit dem Antisemitismus; der Schriftsteller Wilhelm Marr hatte den Begriff soeben «hoffähig» gemacht. Schon früh zeichneten sich zwei Tendenzen ab: Einerseits bekämpfte die internationale Arbeiterbewegung den Antisemitismus, andererseits unterschätzte sie ihn; es gab Stimmen (so von Victor Adler), die Antisemiten als irregeleitete Sozialisten sahen. Die ab 1896 entstehende zionistische Bewegung stieß auf mehrheitliche Ablehnung. Es gab jedoch auch zionistenfreundliche Stimmen, die aber oftmals, hier der bürgerlichen

<sup>1</sup> <http://die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand20102012/beschluesse/linkeweistanisemitismusvorwuerfezurueck/> (gesehen am 24. Juli 2011). <sup>2</sup> Vgl. <http://www.linksfraktion.de/positionspapiere/entschieden-gegen-antisemitismus-2011-06-07/> (gesehen am 24. Juli 2011). <sup>3</sup> <http://www.tagesschau.de/inland/linkspartei300.html> (gesehen am 24. Juli 2011). <sup>4</sup> Vgl. [www.groth.die-linke-bw.de](http://www.groth.die-linke-bw.de) (gesehen am 11. Juni 2011). <sup>5</sup> [http://www.petrapau.de/17\\_bundestag/dok/110611\\_an\\_antisemitismus-beschluss.htm](http://www.petrapau.de/17_bundestag/dok/110611_an_antisemitismus-beschluss.htm) (gesehen am 24. Juli 2011). <sup>6</sup> <http://www.linksfraktion.de/positionspapiere/beschluss-fraktion-linke-28-juni-2011/>

Meinung folgend, den Zionismus als kolonialisatorisch-zivilisatorisches Element inmitten des «wilden» Nahen Ostens ansahen, was zum Teil chauvinistische Positionen gegenüber den Arabern Palästinas implizierte. Die Zukunft der Juden aber läge in Europa, überdies würden sie sich immer mehr an ihre nichtjüdische Umwelt angleichen. Sozialistische Theoretiker wie Karl Kautsky und Otto Bauer befürworteten konsequenterweise die Integration der Juden durch Assimilation. In Osteuropa sahen z. B. Lenin und Trotzki die Dinge differenzierter. Dort seien die kompakt lebenden, meist Jiddisch sprechenden Juden eine Nation, deren Streben nach national-kultureller Autonomie sich aber der zweckgerichteten Einheit der Arbeiterbewegung unterzuordnen habe. Letztlich würde sich die «jüdische Frage» im Rahmen einer sozialistischen Revolution, wie alle anderen nationalen Fragen, lösen. Die Bolschewiki lehnten deshalb den Zionismus, doch auch national-jüdische Autonomiebestrebungen innerhalb der Diaspora ab, förderten hingegen zunächst die jiddische Kultur.<sup>7</sup>

In der Weimarer Republik bekämpften trotz einiger Entgleisungen<sup>8</sup> SPD und KPD den Antisemitismus der aufkommenden Nazibewegung, wenngleich sie oft dessen Dynamik unterschätzten. Die Nationalsozialisten mussten erst die deutsche Arbeiterbewegung zerschlagen, bevor sie ans «Werk» der Entrechtung, Vertreibung und schließlich Ausrottung der Juden gehen konnten.

#### **1945 BIS 1990: DER UMGANG MIT DEM ERBE IN OST UND WEST**

Nach dem Ende des 2. Weltkriegs und der Niederwerfung Nazideutschlands durch die Antihitlerkoalition war der Antifaschismus der zentrale Bezugspunkt aller Strömungen der Arbeiterbewegung. Die unmittelbare Nachkriegsphase währte jedoch nicht lange: Der Umgang mit dem Erbe des Antifaschismus begann entlang der Frontlinien des aufkommenden Kalten Krieges zu zerfallen. Antifaschismus und Demokratie fielen auseinander. Vereinfacht gesagt, entstand in Westdeutschland eine funktionierende Demokratie mit autoritären und antikommunistischen Zügen und zunächst ohne ausreichende Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, sprich: ohne ein antifaschistisches Bewusstsein. In Ostdeutschland wurde der Antifaschismus zur Staatsdoktrin erklärt, doch es gab keinen demokratischen Diskurs über die jüngste Vergangenheit.

Die DDR sah sich nicht in der Verantwortung für das Geschehene. Der KPD-Widerstand fand aus ihrer offiziellen Perspektive in der Staatsgründung seine konstruktive Vollendung. Die DDR nahm für sich in Anspruch, den gesellschaftlichen Zustand, der die Nazidiktatur erst ermöglicht hatte, überwunden zu haben. Der nichtkommunistische und der antistalinistische Widerstand fanden, trotz Anstrengungen einzelner Historiker, zunächst nur wenig Beachtung. Auch die Restitution geraubten Eigentums jüdischer Verfolgter auf dem Gebiet der (späteren) DDR wurde, nach anfänglicher Offenheit in einigen Ländern der SBZ, mit der Begründung abgelehnt, die DDR stehe zum Nationalsozialismus – entgegen der Bundesrepublik – in keinerlei historischer Kontinuität. Die neue «sozialistische Eigentumsordnung» mache eine Rückgabe gestohlenen Eigentums unnötig und unmöglich. Mit den Reparationsverpflichtungen an die UdSSR im Rahmen der Übereinkünfte der Siegermächte sei ihrer historischen Verantwortung Genüge getan.

1948 wurde der Staat Israel gegründet. Nach dem selbst für viele Vertreterinnen und Vertreter der Arbeiterbewegung

unvorhersehbaren und unvorstellbaren historischen Vorgang der geplanten, fabrikmäßig organisierten Vernichtung der Juden durch die Nazis erhielt der Zionismus eine furchtbare Rechtfertigung. Der deutsche Faschismus hatte Sympathien bei vielen europäischen Machthabern für sich verbuchen können, aber auch bei jungen Nationalbewegungen – etwa im arabischen oder im indischen Raum. Die Flüchtlingskonferenz von Evian 1938 hatte als Fiasko geendet, Vertreter von 28 Nationen sahen sich nahezu komplett außerstande, irgendetwas für die von den Nazis und ihren Handlangern verfolgten Menschen tun zu können. Es war schlicht zu konstatieren, dass es der globalen Gemeinschaft nicht gelungen war, Millionen europäischer Juden vor der Vernichtung in Nazideutschland zu schützen und die Flüchtigen zu retten. Der ungeheure Zivilisationsbruch von Auschwitz machte die Gründung einer eigenen Heimstätte für das jüdische Volk zu einer Notwendigkeit, und zwar völlig unabhängig davon, ob sich die Mehrheit der Einwanderer nach Israel als Zionisten verstand oder nicht.

Die SED hatte zunächst – wie die Sowjetunion – die Staatsgründung Israels mit Verweis auf die Erfahrung von Auschwitz begrüßt. Tschechische Waffen, auf Moskaus Geheiß an den jungen Staat geliefert, sicherten ihm gegen den sofort mit der Staatsausrufung begonnenen Angriff seiner arabischen Nachbarn im Unabhängigkeitskrieg wohl das Überleben. Nachdem sich Stalins Erwartungen auf einen neuen Verbündeten im Nahen Osten jedoch nicht erfüllten und das kapitalistische Israel zudem unter sowjetischen Juden große Sympathie gewann, steuerte der Moskauer Diktator nicht nur einen anti-israelischen Kurs, sondern begann in antisemitischer Manier die sowjetisch-jüdischen Intellektuellen, von denen ihn nunmehr jeder an seinen Erzfeind Trotzki zu erinnern schien, zu verfolgen. Die von der UdSSR abhängige DDR musste «nachziehen». Sie zog nach. Wie die Tschechoslowakei mit dem Slánský-Prozess sollte auch Ostberlin durch «Entlarvung» von «Parteifeinden» seine Unterordnung unter Moskau zeigen – angesichts der jugoslawischen Revolte gegen die sowjetische Vorherrschaft drängte Moskaus Hoher Kommissar Wladimir Semjonow zur Eile. Ursprünglich ins Fadenkreuz geratene mögliche Kandidaten für einen Prozess wie Alexander Abusch oder Gerhart Eisler – zwei Juden – schieden jedoch aus. Sieben Jahre nach Auschwitz wurde der Nichtjude und «Prozionist» Paul Merker, der sich besonders engagiert für eine «Wiedergutmachung» der deutschen Verbrechen an den Juden eingesetzt hatte, im Dezember 1952 zum Opferlamm. Merkers Forderung nach Entschädigung für im Ausland lebende Juden wurde mit dem Nazi-Terminus der «Verschiebung von deutschem Volksvermögen» gebrandmarkt.<sup>9</sup> Auch Stalins Tod am 5. März 1953 verhinderte nicht Merkers Verurteilung und Inhaftierung – nunmehr in einem Geheimprozess. 1956 wurde er aus der Haft entlassen, doch nur halbherzig rehabilitiert.

In der DDR blieb das Schicksal Merkers ein Tabu, die Aufarbeitung der eigenen Geschichte beeinflusste das nach-

<sup>7</sup> Vgl. u. a. Donald L. Niewyk, *Socialist, Anti-Semite and Jew*, Baton Rouge 1971; Robert S. Wistrich, *Revolutionary Jews from Marx to Trotsky*, London 1976; Edmund Silberner, *Kommunisten zur Judenfrage*, Opladen 1983; Mario Keßler, *Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897-1933*, Berlin 1994; Jack Jacobs, *Sozialisten und die «Jüdische Frage» nach Marx*, Mainz 1994; Enzo Traverso, *Die Marxisten und die jüdische Frage. Geschichte einer Debatte (1843-1943)*, Mainz 1995. <sup>8</sup> Vgl. Mario Keßler, *Antisemitismus und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik*, in: Christoph Koch (Hg.), *Vom Junker zum Bürger. Hellmuth von Gerlach – Demokrat und Pazifist in Kaiserreich und Republik*, München 2009, S. 237-260. <sup>9</sup> Lehren aus dem Prozess gegen das Verschwörerzentrum Slánský. Beschluss des ZK der SED vom 20. Dezember 1952, in: *Dokumente der SED*, Bd. 4, Berlin [DDR] 1954, S. 199-219; Teilnachdruck in: Mario Keßler, *Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967*, Berlin 1995, Zitat hier S. 154.

haltig und negativ. Der «erste sozialistische Staat auf deutschem Boden» bestand darauf, die Wurzeln von Faschismus und Antisemitismus «mit Stumpf und Stiel» ausgerissen zu haben. Es kam vor, dass aufgrund dessen antisemitische Stereotypen und Vorfälle in der SBZ/DDR – trotz mutiger Thematisierung durch Einzelne – heruntergespielt und relativiert wurden, Jüdinnen und Juden verließen nach wie vor das Land. 6 von 7 jüdischen Gemeindevorstehern, darunter auch der Kommunist Julius Meyer, hatten bis 1953 der DDR den Rücken gekehrt. Für die offizielle DDR war klar: mit der Beseitigung der ökonomischen Verhältnisse, die die braune Diktatur ermöglicht hatten, war auch das Thema Antisemitismus «überwunden». Friedhofsschändungen, Beschimpfungen und Verfolgungen hatten ihre Wurzeln ausschließlich in der Vergangenheit oder beim «Klassengegner» im Westen – nicht in den Verhältnissen in der DDR, schon gar nicht in ihrer offiziellen Sicht auf den Staat Israel.

Als die Sowjetunion eine israelfeindliche Position bezog, musste die DDR dies gleichfalls tun. Sie tat es aber mit besonderer Vehemenz, hatte sie doch aufgrund des diplomatischen Boykotts durch die «Hallstein-Doktrin» der Bundesrepublik ein spezifisches Eigeninteresse an guten Beziehungen zu Israels Feinden in der arabischen Welt. Ägypten und Syrien versprachen die Durchbrechung der diplomatischen Isolation. In der Tat nahm die DDR zu einer Reihe arabischer Staaten – erstmals außerhalb des sozialistischen Lagers – diplomatische Beziehungen auf, nachdem die Bundesrepublik und Israel 1965 den Austausch von Botschaftern vereinbart hatten. So wurde der Feldzug gegen den Zionismus ein bis in die 1980er Jahre hinein aus eigenem Antrieb gepflegter fester Kernbestandteil der «internationalistischen und antiimperialistischen» DDR-Staatsdoktrin – bei gleichzeitiger Überhöhung der «nationalen Befreiungsbewegungen» im arabischen Raum zu «Verbündeten im Kampf gegen Imperialismus und beim Aufbau des Sozialismus». Letztere wurden von den Staaten des Ostblocks mit Waffen beliefert, ideologisch und politisch aufmunitioniert. Im November 1975 unterstützte die DDR die UN-Resolution 3379, die den Zionismus als eine «Form von Rassismus und Rassendiskriminierung» brandmarkte und verurteilte. Aus der legitimen Heimstätte des jüdischen Volkes wurde so ein «Vorposten des US-Imperialismus». In diplomatischen Noten hatte die DDR die Legitimität israelischer Staatlichkeit nicht immer als einen historischen und unumstößlichen Fakt klar fixiert und betont.<sup>10</sup>

Das Verhältnis zwischen Israel und der DDR war bis 1989/90 ein Nichtverhältnis, wenngleich das Bemühen der DDR-Führung um Akzeptanz in den USA eine vorsichtige Annäherung an Israel unterhalb diplomatischer Kontakte einschloss. In der DDR-Gesellschaft erwachte in diesen Jahren ein neues Interesse an den jüdischen Wurzeln, am jüdischen Erbe und der jüdischen Kultur im Osten Deutschlands. Auf die Eiszeit folgt ein Tauwetter. Angestoßen durch Perestrojka und Glasnost in der UdSSR begann auch in der DDR-Gesellschaft ein neuer und differenzierender Diskurs, der sich von der offiziellen DDR-Position unterschied. Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen kam es bis zum Ende der staatlichen Existenz der DDR nicht mehr, wenngleich die Regierungen Modrow und de Maiziere diesbezügliche Schritte unternahmen – unter Einschluss von Fragen der «Wiedergutmachung» für Auschwitz, also auch der Bereitschaft zur Übernahme vermögensrechtlicher Verantwortung. Die deutsch-deutsche Vereinigung warf ihre Schatten voraus. Am 12. April 1990 verabschiedeten die Mitglieder aller DDR-

Volkskammer-Fraktionen ein Bekenntnis «zur Verantwortung der Deutschen in der DDR für ihre Geschichte und ihre Zukunft», in dem sie die Juden der Welt und das israelische Volk um «Verzeihung (baten) für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945» in der DDR.<sup>11</sup>

Während die herrschende «Linke» in der DDR – und die SED reklamierte die besten Traditionen der deutschen Arbeiterklasse für sich – keine abweichende Meinung zu politischen Grundfragen zuließ, war dies in der Bundesrepublik anders. Hier hatte sich die SPD von Anfang an zum Fürsprecher möglichst enger Beziehungen zu Israel gemacht – gegen teilweise starke Widerstände der bürgerlichen Parteien mit ihren zahlreichen Ex-Nazis in hohen Positionen. Gerade die Sozialdemokraten propagierten in der Bundesrepublik ein Israel-Bild, in dem viel von den Aufbauleistungen, den sozialen Errungenschaften und der neuen Lebensweise im Kibbuz die Rede war. Mit zahlreichen Verfolgten des Nazi-Regimes in Spitzenpositionen – so Willy Brandt, Herbert Wehner, Heinz Kühn, Herbert Weichmann, Fritz Bauer – stand sie, allmählich sogar in israelischen Augen, für ein besseres Deutschland. Wenn SPD-Autoren (oder in ihrem Umfeld aktive Theologen wie Helmut Gollwitzer) über das Verhältnis der Linken zu Israel schrieben, betonten sie, die Zionismus-Analysen der Vorkriegszeit seien obsolet geworden. Die moralische Hypothek verbiete ohnehin fast jede deutsche Kritik an Israel.

Dieses idealisierte Denkgefüge brach im Sechstagekrieg vom Juni 1967 zusammen. Einerseits ergriffen insbesondere jüdische Emigranten und Überlebende der nazistischen Todeslager vehement Partei für Israel. Der jüdische Linksintellektuelle, schrieb Jean Améry, sei «kein Linksintellektueller mehr, nur noch ein Jude: Denn hinter ihm liegt Auschwitz und vor ihm vielleicht das seinen Stammesgenossen [...] zu bereitende Auschwitz II am Mittelmeer.»<sup>12</sup> Diese Position fand Unterstützung bei den Spitzen von SPD und DGB wie in den Kirchen. Andererseits geriet die emotionale Solidarität studentischer Linker mit den palästinensischen Opfern des Krieges oft zu einer naiven Schwärmerei für den «antiimperialistischen Befreiungskampf» und die «palästinensische Revolution», in der die Palästinenser nur noch als ein abstraktes Subjekt der Geschichte gesehen wurden, nicht mehr als eine Gesellschaft mit Klassen und ihren Widersprüchen. Dementsprechend galten Israel als imperialistische Macht und nur diejenigen Israelis als Verbündete, die sich gegen den jüdischen Staat wandten und einen abstrakten demokratischen Einheitsstaat in Palästina den Vorzug gaben – in dem die Juden auf den Status einer nationalen Minderheit reduziert sein würden. Im Falle einiger maoistischer Gruppen erwuchs aus diesem Weltbild die Befürwortung antijüdischer Gewaltakte in der Bundesrepublik und Westberlin.<sup>13</sup> Aber die israelkritischen Positionen der Neuen Linken verdichteten sich oft zu einer ganz allgemeinen antizionistischen Ideologie. Ein abstrakter Faschismusbegriff und ein oft ungenügendes historisches Detailwissen ließen manchen Linken die Einzigartigkeit der nazistischen Judenvernichtung verkennen.

Die israelische Besetzung Südlibanons läutete 1982 eine neue Runde im Verhältnis der westdeutschen radikalen Lin-

<sup>10</sup> Zu diesem Komplex vgl. Angelika Timm, Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997. <sup>11</sup> Ebenda, S. 353. <sup>12</sup> Jean Améry, Widersprüche, München 1990, S. 212. <sup>13</sup> Vgl. Martin W. Kloke, Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses, Frankfurt a. M. 1991, S. 90f.

ken zum jüdischen Staat ein. Die mit israelischer Duldung von Haddad-Milizen betriebenen Massaker in den Flüchtlingslagern Sabra und Chatila führte zu einer Abrechnung, bei der mit Worten wie «Holocaust an den Palästinensern» nicht gespart wurde. «Mögen sich gute Deutsche», schrieb der Leiter der Münchner Marxistischen Gruppe, «für den Völkermord des III. Reiches verantwortlich fühlen, mehr als die Unterstützung der neudeutsch-israelischen Freundschaft kommt aus diesem Untertanenbewusstsein sicher nicht heraus. An Beirut können die Gewissenswürmer der deutschen Nation studieren, wohin das führt.»<sup>14</sup>

Doch signalisierte dieser Krieg auch einen beginnenden Wandel der Debatten. Allmählich geriet die Linke aus dem Fahrwasser eines drohenden Antisemitismus wieder heraus. Dafür verantwortlich waren der Druck seitens progressiver Kräfte des Auslandes, auch israelischer Linker, die zunehmende Relativierung des Holocaust unter der alten und neuen Rechten, die Rückbesinnung auf einen linken Ehrenkodex durch die meisten Grünen und Mitglieder der Alternativen Liste Berlin sowie eine neue Sensibilität innerhalb der Nach-68er-Generation. Dennoch zeigte die fortwährende affektgeladene Aufrechnung nazistischer Verbrechen mit israelischen Untaten ein weiter ungelöstes Problem unter den Linken, das auch mit ihrer schwierigen Position gegenüber «Deutschland» zu erklären war.

### **1990: LINKER NEUANFANG, ISRAEL UND DER IMPERIALISMUS**

Die Frage der Positionsbestimmung stellte sich nach dem Zusammenbruch des «real existierenden Sozialismus» 1989/90 für die Linke dann völlig neu. Linke Selbstkritik gehörte zu den Merkmalen der deutschen Vereinigung, während das konservative Lager und ein Großteil der Liberalen sich durch den Gang der Geschichte bestätigt fühlten. Der Golfkrieg 1991 wurde, mehr als zunächst ersichtlich, zu einer weiteren Zäsur innerlinker Auseinandersetzungen. Im Sog des Verfalls einstiger linker Gewissheiten mutete die Parteinahme für den Irak auch «wie der verzweifelte Versuch an, gegen die politischen Offenbarungen der Gegenwart elementare Bestimmungen eines linken Selbstbegriffs aufrechtzuerhalten.»<sup>15</sup> Hierzu gehörte das Konzept der «Dritten Welt», die «gegen den Imperialismus» stand. Die Unterstützung für die als gerecht vorausgesetzten Forderungen aus den früheren Kolonien des Westens schien allein noch linker Opposition gegen den «Zeitgeist» einen Sinn zu geben. Weniger als die blutige Realität am Golf war die Suche nach einer eigenen, neuen Identität und Stabilität der Beweggrund vieler Äußerungen.

Doch kam es dabei auch zu apokalyptischen Weltsichten, die sich mit undifferenzierter Kritik an der vermeintlichen «Geldgesellschaft» der USA verbanden. Hier liegt die Wurzel eines linken Populismus, der sich auch aus einem unreflektierten Antikapitalismus speiste, der beispielsweise auf fundierte Interessen- und Klassenanalysen verzichtete. Die Kritik an der Geldwirtschaft und am daran geknüpften Vormachtstreben der USA war prinzipiell antiimperialistisch ausgerichtet, doch auch mit Ressentiments verbunden. In ihnen geriet der Staat Israel als bloßer «imperialistischer Militärstützpunkt» zur Ursache allen Übels im Nahen Osten schlechthin.<sup>16</sup> Solche rasch dahingeworfenen, ideologisch bald verfestigten, doch theoretisch kaum reflektierten Schlagwörter boten, wenn auch nicht immer, Elementen eines Antisemitismus Raum, der jedoch nicht rassistisch ausgerichtet war. Vielmehr sah er Israel als alleinigen Profiteur von Krieg und

Gewalt im Nahen Osten. Dies unterschlug die Tatsache, dass Israels Bevölkerung zu den Hauptleidtragenden des Konfliktes gehört. Solcher Art eines verkürzten Verständnisses von Imperialismus und Antiimperialismus bot seit den 1990er Jahren die Zeitung «Junge Welt» zunehmend Raum.

Die Auseinandersetzung mit den «Antiimperialisten» gebar neben einer Reihe notwendiger Widersprüche und Interventionen bald eine neue Strömung unter den Linken, die sich selbst als «antideutsch» bezeichnete. In ähnlich verkürzender materialistischer Analyse wendete sie die antinationalistische Herangehensweise der sozialrevolutionären Arbeiterbewegung während des 1. Weltkriegs zur «Kollektivanalyse»: Auschwitz habe die Deutschen zur Taternation gemacht, gegen dessen fortdauernde, wenngleich verborgene Existenz der Hauptstoß zu richten sei. Eine Kritik an Israel und an dessen Hauptverbündeten, den USA, meine regelmäßig mehr als sie vorgebe. Sie müsse «historisch-materialistisch» als das entscheidende werden, was sie sei, nämlich eine in Wissenschaft gegossene und als Teil des humanitären Diskurses firmierende Abwehrhaltung gegen Juden. Wie strukturell, wenn auch nicht argumentativ, ähnlich die «antideutsche» Position der «antiimperialistischen» ist, wird oft übersehen: Trotz des scheinmarxistischen Vokabulars verzichteten beide Lager auf eine materialistische Analyse.<sup>17</sup> Israel, die USA und Deutschland firmieren als kollektiv Handelnde, ohne dass die inneren Widersprüche oder die Beweggründe der verschiedenen Klassen und Interessengruppen präzise analysiert werden. Dass zur Begründung der jeweils eigenen Position immer wieder jüdische Stimmen aus Israel und der «Diaspora» hinzugezogen werden, zeigt auf fatale Weise, was sowohl «Antiimperialisten» wie «Antideutsche» zwar leugnen, doch praktizieren: Sie behandeln Israelis und Juden letztlich als ein Kollektiv, dem gemeinsame Interessen (natürlich dem je eigenen Standpunkt angepasst) unterstellt werden. Dies muss noch keinen Antisemitismus bedeuten, ersetzt aber die präzise Gesellschaftsanalyse durch Konstruktionen. Eine solche gemeinsame Basis scheinbar unvereinbarer Standpunkte erklärt auch das Hinüberwechseln von einer Seite zur anderen, wie das Beispiel Jürgen Elsässers zeigt. Die einstige Ikone «antideutscher» Imperialismuskritik konnte, ohne das eigene theoretische Selbstverständnis grundlegend zu revidieren, zum «Antiimperialisten» werden. Nunmehr entdeckte er Irans Präsidenten Ahmadinedschad als «Vorkämpfer» gegen den US-Imperialismus und seine Helfershelfer (zu denen natürlich Israel gehört). Nur so ist erklärbar, dass Ex-Linke wie Elsässer einen Politiker feiern, der im «eigenen» Land die Linke brutal unterdrücken lässt.<sup>18</sup>

All das ließe sich als Sektengezänk abtun, fänden sich solche Positionen nicht auch innerhalb der Partei DIE LINKE, der wichtigsten politischen Kraft im linken Spektrum jenseits von SPD und Grünen. Genau darum ging und geht es in den leidenschaftlich geführten Auseinandersetzungen nicht nur der jüngsten Vergangenheit.

<sup>14</sup> Herbert L. Ferti, zit. nach: Ebenda, S. 156. <sup>15</sup> Dan Diner, Der Krieg der Erinnerungen und die Ordnung der Welt, Berlin 1991, S. 38. <sup>16</sup> Wohl keiner der Linken, die das Wort vom «imperialistischen Militärstützpunkt» Israel gebrauchten, wusste, dass es von Walter Ulbricht stammte. Vgl. SAPMO-BArch, NL 182/721, Bl. 38f. (Nachlass Walter Ulbrichts). Gefallen auf der Sitzung des DDR-Staatsrats am 12.3.1965, wurde es rasch offizielles DDR-Vokabular. <sup>17</sup> Ausführlich untersucht die Debatte Peter Ullrich, Die Linke, Israel und Palästina. Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland, Berlin 2008. <sup>18</sup> Vgl. zu den diesbezüglichen Debatten ebd. und Matthias Brosch u. a. (Hg.), Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland, Berlin 2007 sowie Hawel, Marcus und Moritz Blanke (Hg.), Der Nahostkonflikt. Befindlichkeiten der deutschen Linken, Berlin 2010, online: <http://www.rosalux.de/publication/36933/der-nahostkonflikt.html>.

## ISRAEL UND DIE LINKE – DIE LINKE UND IHRE WIDERSPRÜCHE

Die Partei Die Linke verfügt unbestreitbar über ein personales und mentales SED-Erbe. Als SED-PDS, PDS und Linkspartei. PDS suchte sie in der Aufarbeitung dieses Erbes eine «retende Kritik»: Sie trennte sich in einem keineswegs leichten Prozess von der Staatsideologie des DDR-Antifaschismus mit dessen mythischer Überhöhung des kommunistischen Widerstandes. Sie bestand jedoch auch auf einem legitimen Erbe des Antifaschismus unter Einschluss seines kommunistischen Teils. Diese Lernprozesse vollzogen sich inmitten einer starken Tendenz zur Delegitimierung des kommunistischen Widerstandes durch einen großen Teil der politischen Klasse und des Medienmainstreams. Die Parteiführung der PDS behielt die selbstkritische Sicht auf diesen Teil der DDR-Geschichte entgegen der teilweise sehr unsachlichen Behauptung bei, sie leiste keine Aufarbeitung der Vergangenheit.<sup>19</sup> In der Parteimitgliedschaft traten aber auch Stimmungen auf, die auf eine unkritische Verteidigung der DDR abzielten.<sup>20</sup>

Davon blieb der Problemkomplex Antisemitismus-Israel-Nahost nicht unberührt. Auf der als Stalinismus-Konferenz bezeichneten Tagung vom 17. und 18. November 1990 vollzog die Partei auch geschichtspolitisch jenen Bruch mit dem Stalinismus, den der Sonderparteitag der SED ein knappes Jahr früher eingeleitet hatte. Auch die Defizite der Aufarbeitung antisemitischer Praktiken unter den Linken wurden angesprochen.<sup>21</sup> Die bei dieser Tagung erstmals öffentlich auftretende Historische Kommission der Partei veranstaltete zwei Jahre später, am 5. Dezember 1992, gemeinsam mit der Stiftung Gesellschaftsanalyse (dem Vorgänger der Rosa-Luxemburg-Stiftung) ein Symposium über «Arbeiterbewegung und Antisemitismus».<sup>22</sup> Die PDS engagierte sich in lokalen und regionalen Initiativen gegen den in Ostdeutschland erstarkenden Rechtsextremismus. Dabei wurde auch über die Frage gestritten, inwieweit die Ursachen für dieses Problem den Defiziten der Vergangenheit bzw. den Verwerfungen durch den Einigungsprozess ab 1990 geschuldet waren.<sup>23</sup> Die Arbeitsgemeinschaft Antifaschismus/Rechtsextremismus beim Parteivorstand der PDS, von Wissenschaftlern wie Reiner Zilkenat, Horst Helas und Rolf Richter ins Leben gerufen, dokumentiert in ihrem vierteljährlichen «Rundbrief» rechtsextreme Aktivitäten und linke Gegenstrategien in Deutschland und Europa. Die PDS warnte auch vor einem Extremismus der Mitte, den sie in Teilen der CDU, der CSU und der FDP sah.<sup>24</sup>

Der Antisemitismus wurde in all seinen Formen klar verurteilt und er wurde in der Partei auch nicht als ernsthaftes Problem wahrgenommen. Eine linke Israelfeindschaft schien um etwa 2005-2006 nur noch Teil jener Vergangenheit, von der sich die PDS zumindest programmatisch, doch zunehmend auch im Diskurs gelöst hatte – jedenfalls an der Oberfläche. Sie war, trotz der Rückschläge wie bei der Bundestagswahl 2002, auf dem Weg zu einer, nach eigenem Verständnis, modernen europäischen Linkspartei. In ihr gab es verschiedene politische Strömungen von Kommunisten bis zu Reformsozialisten, doch die oft so bezeichnete kritische Solidarität mit Israel bei Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Palästinenser gehörte zum Grundkonsens der Partei.

Zwei Entwicklungen, von denen die eine überhaupt nichts und die andere nur mittelbar etwas mit Israel zu tun hat, schufen eine neue Lage. Zum einen veränderte sich die europäische Diskurslage zu den akuten globalen Problemen – nicht zuletzt als Folge der Terroranschläge auf das World Trade Center in New York, von «Nine-Eleven». Islamistische Grup-

pen und neopopulistische Rechtskräfte zeichneten, wenn auch als Gegner, für eine Verschärfung und Verlagerung der politischen Spannungen verantwortlich. Die neuen neopopulistischen Kräfte sind, sofern sie den Islam ablehnen, (jedenfalls mehrheitlich und vordergründig) nicht mehr antisemitisch und scheuen die sichtbare Nähe zum antisemitischen Neonazismus. Zum Teil zeigen sie, wie der Niederländer Geert Wilders, sogar eine geradezu aufgetragene Sympathie für die israelischen Rechtskräfte. Auch in Deutschland spiegelt sich dieser Diskurs wider, wenngleich hier die «Partei zum Buch» (Thilo Sarrazins «Deutschland schafft sich ab») bislang fehlt. Diese neue Konfliktstellung erforderte ein Durchdenken und die Überprüfung bzw. Differenzierung manch einfacher Positionierung der Linkskräfte, die sich im klassischen Links-Rechts-Schema global historisch klar verortet sahen. Zum anderen begann mit dem Prozess des Zusammenschlusses der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) mit der PDS die Bildung der neuen Partei DIE LINKE, die mit zunächst beträchtlichem Mitglieder- und Stimmenzuwachs eine relevante bundesweite Kraft wurde.

DIE LINKE startete als Erfolgsprojekt. Doch wurde bald klar, dass zunächst nur rein äußerlich keine Rolle spielte, was in der Verschmelzung zur «linken Sammlungsbewegung» angelegt war: unterschiedliche historische, soziale und politische Erfahrungen in der Mitgliedschaft wie auch eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen den früheren führenden Kräften in der PDS und den neuen Akteuren aus der WASG. Viele WASG-Aktivistinnen und -Aktivisten waren enttäuschte Sozialdemokraten und Gewerkschafter aus dem Westen, die mit der SPD der «Neuen Mitte» Gerhard Schröders gebrochen hatten. Ein Teil der Neumitglieder hatte seine erste politische Prägung in den sogenannten K-Gruppen-Milieus der 1970/80er Jahre erfahren. In vielen dieser Gruppen hatte jedoch die These von Israel als imperialistischem Vorposten der USA und vom Kollektiv der Palästinenser als prinzipiell revolutionärem Subjekt überdauert. Anders als für Viele in der PDS waren für sie nicht der Zusammenbruch des Realsozialismus, sondern der rot-grüne Kriegseintritt der Bundesrepublik oder die «Agenda 2010» Anlass für einen neuen Politisierungsprozess gewesen. Ein besonders gut organisierter, jüngerer Teil gehörte deren Nachfolgemitglied an. So übernahm etwa die gut vernetzte Organisation «Linksruck», heute «Marx21», eine wichtige Rolle als WASG-«Stabilisierungsmoment» im Verschmelzungsprozess zwischen WASG und Linkspartei. PDS und konnte ihren Kadern auf diesem Weg eine einflussreiche Positionierung in den Apparaten und Diskursen der neuen Partei sichern.

<sup>19</sup> Hierfür repräsentativ: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.), *Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken*, St. Augustin 2002, hierzu bes. die Beiträge von Viola Neu, Patrick Moreau u.a. sowie Jochen Zehnhofer. Differenzierter: Tim Peters, *Der Antifaschismus der PDS aus antiextremistischer Sicht*, Wiesbaden 2006. <sup>20</sup> Aus der Fülle an Literatur zu diesem Thema sei auf folgende Titel verwiesen, die die unterschiedlichen Standpunkte deutlich machen: Annette Leo/Peter Reif-Spirek (Hg.), *Helden, Täter und Verräter. Studien zum DDR-Antifaschismus*, Berlin 1999; dies. (Hg.), *Vielstimmiges Schweigen. Neue Studien zum DDR-Antifaschismus*, Berlin 2000; Kurt Finke, *Zwischen Integration und Legitimation. Der antifaschistische Widerstandskampf in Geschichtsbild und Geschichtsschreibung der DDR*, Leipzig 1999. <sup>21</sup> Vgl. *Der Stalinismus in der KPD und SED. Wurzeln, Wirkungen, Folgen. Materialien der Konferenz der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS am 17. und 18. November 1990*, Berlin 1991, S. 25. <sup>22</sup> Vgl. Mario Keßler (Hg.), *Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert*, Bonn 1993. <sup>23</sup> Vgl. hierzu die ausgewogenen Beiträge von Klaus Böttcher und Werner Bramke in: Roland Bach u. a. (Hg.), *Antifaschismus als humanistisches Erbe in Europa. Festschrift zum 60. Geburtstag von Prof. Dr. Rolf Richter*, Berlin 2005. <sup>24</sup> Vgl. die «Rundbrief»-Hefte mit den entsprechenden Themenschwerpunkten: Vom «Rechten Rand» in die Mitte der Gesellschaft (Nr. 4/2006, Globalisierung, Wirtschaftskrise, Rechtsextremismus (Nr. 1/2006), Rechtspopulismus in Deutschland (Nr. 2/2011)). Zu den dort regelmäßig publizierenden Autoren zählen mit ihren Themenschwerpunkten: Karl-Heinz Gräfe (Ost- und Ostmitteleuropa), Horst Helas (Antisemitismus), Günter Wehner (Antifaschismus in der Erinnerungskultur) und Reiner Zilkenat (Geschichte des Widerstandes).

Dabei spielten außenpolitische Fragen auch in Bezug auf die neue programmatische und strategische Verortung der jungen Partei – in Abgrenzung zu dem vermeintlich auf Regierungskurs «zu angepassten» bisherigen PDS-Zentrum – eine wichtige Rolle. Zu oft wurde die Abkehr bzw. Infragestellung von klassischen «linken» Welterklärungsmustern mit der Anbietung an die «neoliberalen» bzw. «prokapitalistische» «Einheitspartei» aus CDU/CSU/FDP/SPD/Bündnisgrüne identifiziert, um die Ausgangslage für innerparteiliche Auseinandersetzungsprozesse zu vereinfachen und sich hierbei eine günstige strategische Startposition zu verschaffen. Das Verhältnis zu Israel und zum Nahostkonflikt geriet damit in den Sog der strömungspolitischen Hegemoniekämpfe in der jungen LINKEN. Dabei waren die Hauptprotagonisten der simplifizierten Israelkritik nicht ausschließlich aus der WASG gekommen, nur hatten sie in der PDS bis dahin keine dominierende Position inne.

So gab es auch 2006 bereits innerparteiliche Auseinandersetzungen zur Frage, ob – wofür der außenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Wolfgang Gehrcke eingetreten war – die Hamas ein Verhandlungspartner für DIE LINKE sein könne. Und auch die Diskussion um die Rede des Bundestagsfraktionschefs Gregor Gysi am 14. April 2008 zum 60. Jahrestag der Staatsgründung Israels bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung zeigte, dass es in der Partei nach wie vor Diskussionsbedarf gibt. Gysi forderte eine differenzierte Auseinandersetzung mit der komplexen Wirklichkeit des Nahen Ostens. «Antiimperialistische Theorien, die die Politik Israels als die eines aggressiven Imperialismus interpretieren und kritisieren» würden hier ebenso wenig weiterhelfen wie «das ideologische Pendant zur antiimperialistischen Kritik, die so genannten «Antideutschen», deren Hauptfeind ein sich unkenntlich machender Antisemitismus ist.» Die Linke könne sich nicht darauf berufen, dass eine antiimperialistische Haltung sie per se auf Seiten des Guten platziere, Israel als Teil des Weltimperialismus auf Seiten der reaktionären Kräfte. Der Begriff des Imperialismus treffe «auf Israel auf jeden Fall nicht zu», und der Antizionismus könne für DIE LINKE «keine vertretbare Position sein», da dieser stets dazu neige, Auschwitz in seiner Bedeutung herabzustufen.<sup>25</sup>

Gysis Rede hatte in der Partei und ihrem Umfeld Widerspruch hervorgerufen. Israel missachte die Menschenrechte ebenso wie alle UN-Erklärungen zum Nahostkonflikt und suche mit seiner Siedlungspolitik in der Westbank die Palästinenser zu Fremden im eigenen Land zu machen. Wenn das Ausblenden dieser Fakten Teil der deutschen «Staatsräson» sei, der sich DIE LINKE anschließe, gebe sie Grundpositionen marxistischer Imperialismuskritik preis, hieß es in einer Stellungnahme der Kasseler AG Friedensforschung und ihres Leiters Peter Strutynski. Zahlreiche Angehörige des Gesprächskreises Frieden und Sicherheit der Rosa-Luxemburg-Stiftung hatten diese Stellungnahme unterstützt.<sup>26</sup> DIE LINKE dürfe die Notwendigkeit des antiimperialistischen Kampfes nicht infrage stellen und nicht aufhören, die israelische Regierungspolitik zu kritisieren. Diese Kritik bleibe auch dann notwendig, wenn Israels Politik ohne Auschwitz nicht zu denken sei, hieß es in einer Erklärung vorwiegend ostdeutscher Mitglieder der Kommunistischen Plattform, unter ihnen Ellen Brombacher, Sahra Wagenknecht, Detlef Joseph und Gregor Schirmer, unterstützt von Ulla Jelpke (MdB) und Victor Grossman, im Koreakrieg aus der US-Armee in die DDR desertiert.<sup>27</sup> Diese Positionen schienen jedoch keine Symptome eines tiefgehenden Risses in der Partei zu sein,

sondern Momentaufnahmen des notwendigen sachlichen Verständigungsprozesses in der neuen LINKEN im Bemühen um eine mehrheitliche, zukunftstaugliche und realistische Position zu Israel und zum Nahostkonflikt.

Doch seit 2009 verschärfen sich die innerparteilichen Auseinandersetzungen, nachdem der Duisburger Linksfraktionsvorsitzende Hermann Dierkes zum Boykott israelischer Waren aufgefordert hatte. Er habe lediglich einen Beschluss des Weltsozialforums zitiert, verteidigt er sich gegen die innerparteiliche und externe Kritik.<sup>28</sup> Es häuften sich Vorfälle, die nahelegten, dass DIE LINKE in Bezug auf ihr Verhältnis zum Nahost-Konflikt – zwischen Instinktlosigkeit, Geschichtslosigkeit und offenem Antisemitismus – ganz deutliche offene Flanken bietet. Im Januar 2010 erhoben sich mehrere linke Bundestagsabgeordnete bei der Begrüßung von Israels Präsident Shimon Peres im Bundestag mit der Begründung nicht von ihren Plätzen, sie wollten gegen Israels Okkupationspolitik ein Zeichen setzen. Das trug ihnen auch parteiinterne Kritik ein. Peres war vom Bundestag aus Anlass des 65. Jahrestages der Befreiung von Auschwitz eingeladen worden.<sup>29</sup> Innerparteilich war ferner bereits des Öfteren kritisiert worden, DIE LINKE demonstrierte distanzlos «gegen Israel» gemeinsam mit islamistischen Gruppen und nationalistischen Bewegungen, die Israels Politik mit der des Nazireichs oder mit dem Holocaust gleichsetzten.<sup>30</sup> Entsprechende Fotos kursierten im Internet, offizielle Stellungnahmen von der oder für die Parteispitze gab es dazu – Gysis Rede bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung lag nun auch schon zwei Jahre zurück – nicht. Im April 2011 wurde auf der Webpage des Duisburger Kreisverbandes der Partei, dem Hermann Dierkes angehört, ein antisemitisches Flugblatt gefunden, auf dem Hakenkreuz und Davidstern miteinander verschränkt waren.<sup>31</sup> Niemand gab Dierkes persönlich die Schuld daran, zumal der Kreisverband das Flugblatt nach Bekanntwerden dieser Tatsache sofort löschte und unmissverständlich seine Gegnerschaft zu jeder Art Antisemitismus bekräftigte. Unklar blieb aber, wie lange das Flugblatt im Netz abrufbar gewesen war.<sup>32</sup>

Wenig später machten Presseberichte die Runde, wonach die Bundestagsabgeordnete Annette Groth, wie vorher schon ihre Fraktionskollegin Inge Höger, öffentlich mit einem Schal aufgetreten sei, der die Nahostregion ohne den Staat Israel abgebildet habe. Die Bagatellisierung der von beiden Abgeordneten nicht abgelegneten Tatsache konnte nur schwerlich überzeugen.<sup>33</sup> Im Zusammenhang mit der geplanten, aber letztlich gescheiterten «Gaza-Flottille» 2011 wurde nun mit größerer Heftigkeit auch über Legitimität und politische Wirksamkeit einer Teilnahme an derartigen Durchbrechungen der israelischen Blockade des Gaza-Streifens diskutiert. Neben Inge Höger und Annette Groth hatte an der blutig geende-

<sup>25</sup> Abgedruckt in: Neues Deutschland, 15. April 2008. – Ob Israel permanent bedroht ist oder nicht, ist in der Partei umstritten. Ein Arbeitspapier hielt fest: «Israel ist heute von keiner arabischen Macht ernsthaft in seiner Existenz bedroht. [...] Der größte Feind Israels ist zurzeit die Politik Israels selbst.», Wolfgang Gehrcke/Harri Grünberg, Über Gewissheiten und Konfusionen in der Nahost-Politik, undatiertes Arbeitspapier [ca. 2008], S. 17, im Besitz von M. Keßler. Iran wird unter den Israel-Feinden in diesem Kontext nicht genannt. <sup>26</sup> <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Israel/60jahre-gysi.html> (gesehen am 19. Juli 2011). <sup>27</sup> [www.die-linke.de/partei/zusammenschluesse/kommunistische\\_plattform\\_der\\_partei\\_die\\_linke/dokumente/staatsraeson\\_und\\_regierungsbeteiligung](http://www.die-linke.de/partei/zusammenschluesse/kommunistische_plattform_der_partei_die_linke/dokumente/staatsraeson_und_regierungsbeteiligung) (gesehen am 19. Juli 2011). <sup>28</sup> Pascal Beucker, Linker auf israelfeindlichen Abwegen, in: Die Tageszeitung, 25. Februar 2009. <sup>29</sup> Vgl. Stefan Reinecke, Linkspartei zofft sich wegen Israel, in: Die Tageszeitung, 2. Februar 2010. <sup>30</sup> Das entspricht dem unmittelbaren Erfahrungshorizont der Autoren, war regelmäßig Debattengegenstand innerhalb der Partei. Vgl. auch das Interview von André Anchuelo mit Benjamin Krüger, «Da existiert eine Israel-Obsession», in: Jungle World, Heft 30/2011, vom 28. Juli 2011, S. 5. <sup>31</sup> Matthias Meisner, Antisemitische Aktivitäten bei Duisburger Linken, in: Der Tagesspiegel, 27. April 2011. <sup>32</sup> Vgl. die Materialien und Berichte auf [www.die-linke-duisburg.de](http://www.die-linke-duisburg.de). <sup>33</sup> Vgl. Matthias Meisner, Die Halstuch-Affäre, in: Der Tagesspiegel, 10. Juli 2011.

ten Flottille 2010 auch der frühere LINKE-MdB Norman Paech teilgenommen. In dieser Diskussion spielte insbesondere die mögliche Kooperation und «Verbrüderung» mit islamistischen und nationalistischen Bewegungen eine zentrale Rolle. Gegenüber dem «Neuen Deutschland» rechtfertigte Groth in diesem Zusammenhang ihre Teilnahme an der Gaza-Flottille im Jahr zuvor und lehnte «einen Sinnzusammenhang zwischen Antisemitismus und der Unterstützung für die Gaza-Flottille» ab. Antijüdische Parolen, die andere beim Auslaufen der Schiffe aus der Türkei gehört hätten, habe sie nicht bemerkt.<sup>34</sup>

Immer wieder kam es zum Bekanntwerden von Aktivitäten durch oder unterstützt von Mitgliedern der LINKEN, in denen wahlweise einer «säkular-demokratischen Einstaatenlösung», der Kooperation mit Hamas und Hisbollah, dem notwendigen Boykott israelischer Waren, der einseitigen Verantwortung Israels für die Lage im Nahen Osten oder sogar Nazivergleichen das Wort geredet wurde. Die Dichte der Ereignisse und der hilflos wirkende Umgang damit in der Partei ließen innerhalb wie außerhalb der Partei die Besorgnis wachsen, DIE LINKE sei offen für obsessiven Israel-Hass, sie toleriere fundamentalistischen Antizionismus und leiste damit antisemitischen Stereotypen und Vorurteilen in ihren eigenen Reihen und der Gesellschaft Vorschub.

### THEMA BEEENDET? HOFFENTLICH NICHT!

Die jüngsten, emotionalen Auseinandersetzungen innerhalb der Partei DIE LINKE zum Themenkomplex Nahostkonflikt haben deutschlandweit und darüber hinaus Aufmerksamkeit erregt. Das ist angesichts der historischen Wurzeln dieser Debatte nicht verwunderlich. Es gibt für DIE LINKE Gründe genug, sich mit ihrem Verhältnis zu Israel und dem Nahen Osten einerseits und Antizionismus und auch Antisemitismus andererseits auseinanderzusetzen. Wir haben hier nur einige beispielhaft anführen können, sie mögen hier pars pro toto stehen. Aber die Auseinandersetzung findet statt. Die Zahl der Äußerungen, die sich für die eingangs beschriebene Position der Bundestagsfraktion zu Boykottforderungen gegenüber Israel, der Teilnahme an Flottilien nach Gaza und zum Existenzrecht Israels aussprachen, kann hier nicht wiedergegeben werden. Stellungnahmen von Bundestagsabgeordneten wie Stefan Liebich<sup>35</sup>, Jan Korte<sup>36</sup>, Petra Pau<sup>37</sup> und Katja Kipping<sup>38</sup> und aus Landesverbänden und Strömungen<sup>39</sup> zeigen, dass die Diskussion eingefordert wird. Aber auch in der Parteibasis gibt es Wortmeldungen<sup>40</sup>, die die Debatte um die notwendige Trennschärfe bei der Abgrenzung der Partei zu antizionistischen Akteuren und auch zu antisemitischen Mustern ganz klar befürworten.

Manche Akteure berufen sich nicht zuletzt auf die in der PDS gewonnenen diskursiven Positionen zum Verhältnis gegenüber Israel und dem Nahen Osten. Eine Gruppe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus der Partei – darunter der Mitbegründer der PDS in Baden-Württemberg, der inzwischen 96-jährige Theodor Bergmann<sup>41</sup> – publizierten einen offenen Brief, der die Positionierung der Bundestagsfraktion unterstützt. Dort wird die notwendige Kritik an der rechten Politik in Israel gleichermaßen verteidigt wie der «Bündnissuche» mit islamistischen Organisationen wie der Hamas eine klare Absage erteilt.<sup>42</sup> Der Musiker Andrej Hermlin warnte davor, Antisemitismus innerhalb der Linken als Randproblem zu sehen. «Was sich in den letzten Wochen in der LINKEN abgespielt hat, der ich immer noch angehöre, ist widerlich. Seit Jahren sind wir Diskussionen aus dem Wege gegangen», sagte er, von Gregor Gysi interviewt, dem «Neu-

en Deutschland».<sup>43</sup> «Wir müssen der Kritik [an Israel] Grenzen setzen», forderte Gysi in der «Tageszeitung».<sup>44</sup>

Allerdings ist die erforderliche Weiterführung dieser Diskussion kein Selbstläufer. Gregor Gysis eingangs zitierte Äußerung, das Thema sei beendet, macht deutlich, dass es Tendenzen gibt, den Konflikt möglichst bald zu begraben. Die Debatte ist in einer Zeit voll ausgebrochen, in der DIE LINKE – nach Jahren erfolgreicher Positionierung als neues, hoffnungsvolles linkes Parteiprojekt in Deutschland – den Eindruck erweckt, mehr auf der Suche nach sich selbst zu sein als treibende Akteurin im politischen Kräfteparallelogramm. Strategiepolitische Auseinandersetzungen, Hege- monie-Kämpfe von Strömungspersonal in der jungen Partei, strategische Defizite und organisationspolitische Probleme sind nur schwer zu übersehen. So ist das Bemühen der Führungsspitzen der LINKEN dem Willen geschuldet, jegliche existenziellen Zerreißproben und öffentliche Debatten mit hohem Sprengpotenzial in der Partei zu vermeiden.

Das gilt ganz offensichtlich auch bei diesem Themenfeld. Das eher ungeschickte «Management» dieser Debatte hatte sich dem Ziel verschrieben, die existierenden Konflikte tief zu halten und nach außen das Bild großer Übereinstimmung auch zu dieser Frage in der gesamten Partei zu erzeugen. Dabei kommt dem Ruf nach einem Ende der Debatte zugute, dass manches Urteil über die Partei in seiner Pauschalität oder instrumentellen Verwendung die Debatte eher blockiert als ermöglicht. Die Beschreibung, in der Partei DIE LINKE sei der antizionistische Antisemitismus «zu einer weitgehend konsensfähigen Position geworden»<sup>45</sup>, hat es der politischen Konkurrenz ermöglicht, mit der Möglichkeit der «Selbstentlastung» Antisemitismus (pauschal und ausschließlich) zu einem Problem der Linken zu erklären. Die Veröffentlichung des Aufsatzes hat aber auch die öffentlichen Positionierungen durch Partei- und Fraktionsgremien mit provoziert. Der Verschlichung der Debatte kam allerdings nicht entgegen, dass die Autoren des Materials dieses Konfliktfeld unmittelbar mit dem in der jungen Partei ebenfalls noch immer stark konfliktbehafteten Thema «Regierungsfähigkeit/Regierungsbeteiligung» verkoppelten. Schließlich erleichterten auch solch ersichtlich instrumentellen und geschichtsblinden Thesen wie «Die Linke ist antisemitisch. Sie muss es sein, wenn sie links sein will»<sup>46</sup> alle Bemühungen, den Streit um den Konflikt innerhalb der Partei zu unterbinden. Denn die Debat-

<sup>34</sup> Wollen Sie provozieren? Annette Groth im Interview mit Uwe Kalbe, in: Neues Deutschland, 10. Juni 2011. <sup>35</sup> Vgl. Meinungsbild oder Maßregel? Stefan Liebich im Interview mit Uwe Kalbe, in: Neues Deutschland, 11. Juni 2011. <sup>36</sup> Jan Korte, Die Diskussion findet statt, in: jungle world, 26. Mai 2011, <http://jungle-world.com/artikel/2011/21/43253.html> (gesehen am 24. Juli 2011). <sup>37</sup> Siehe bereits oben. <sup>38</sup> Katja Kipping, Jenseits von Antizionismus und antideutschen Zuspitzungen, Erklärung vom 24. Mai 2011, <http://www.katja-kipping.de/article/452.jenseits-von-antizionismus-und-antideutschen-zuspitzungen.html> (gesehen am 24. Juli 2011). <sup>39</sup> Etwa von linksjugend [solid] münchen und SDS München, vom Kreis der Emanzipatorischen Linken Berlin oder vom Forum Demokratischer Sozialismus. Vgl. auch Klaus Lederer im Interview mit Stefan Reinecke, «Israelkritik ist für manche eine Obsession», in: Die Tageszeitung, 27. Mai 2011. <sup>40</sup> So Thomas Lohmeier/Jörg Schindler, Ja zu klaren Grenzen. Anmerkungen zur Antisemitismusdebatte in der Linken, 22. Juni 2011, <http://www.prager-fruehling-magazin.de/article/694.ja-zu-klaren-grenzen.html>. <sup>41</sup> Bergmann hat soeben ein Buch zum Thema vorgelegt: Der 100-jährige Krieg um Israel. Eine internationale Position zum Nahostkonflikt, Hamburg 2011. <sup>42</sup> Erschienen in: Neues Deutschland, 21. Juni 2011. <sup>43</sup> Zwischen allen Stühlen. Gregor Gysi im Gespräch mit Andrej Hermlin, in: Neues Deutschland, 25./26. Juni 2011, Beilage. <sup>44</sup> «Wir müssen der Kritik Grenzen setzen». Gregor Gysi über Antisemitismus-Debatte, in: Die Tageszeitung, 16. Juni 2011. <sup>45</sup> Vgl. Samuel Salzborn/Sebastian Voigt, Linke als Koalitionspartner?, <http://www.fr-online.de/blob/view/-/f467798/data/5567673/-/Studie+Antisemitismus+in+der+Links+partei.pdf> (gesehen am 24. Juli 2011). Sie erschien später in der Zeitschrift für Politik. Vgl. auch die eine Verschlichung der Debatte einfordernde Erwiderung von Peter Ullrich & Alban Werner (Ullrich/Werner 2011: Ist «DIE LINKE» antisemitisch? Über Grauzonen der «Israelkritik» und ihre Kritiker, Zeitschrift für Politik 58 (4), S. 424-441. <sup>46</sup> So Michael Wolffsohn, Die Linke muss antisemitisch sein, in: Financial Times Deutschland, 25. Juni 2011, <http://www.ftd.de/politik/deutschland/antisemitismus-die-linke-muss-antisemitisch-sein/60068113.html?page=2> (gesehen am 24. Juli 2011).



te ist für die gesamte Partei schmerzhaft und bietet auch der politischen Konkurrenz Anknüpfungspunkte für Diffamierung, Simplifizierung und Pauschalisierung. Das wiederum befördert völlig konfliktblinde und eher für eine Wagenburg als für eine politische Partei typische Solidarisierungsprozesse, die nur zur falschen Konsequenz führen können: einen Schlusspunkt unter die Auseinandersetzung zu setzen.

Die Partei- und Fraktionsspitze verfolgte mit ihrer Tendenz zur Beschwichtigung in einer für die Partei wie für die Fraktion DIE LINKE schwierigen Situation ein durchaus nachvollziehbares Ziel: Sie wollte den Zusammenhalt der Fraktion sichern, der sichtlich beschädigt war. Damit aber hielt sie an zwei problematische Grundkonstanten eines überkommenen linken Selbstverständnisses fest: Erstens an der Annahme, dass interne und externe Kritik an der Linken per se dem Interesse «des Gegners» diene und deshalb zu unterbleiben habe. Zweitens, dass eine Linke, die sich dem Humanismus und dem sozialistisch-demokratischen Denken verschrieben habe, schon deshalb gegenüber antisemitischen Stereotypen und Vorurteilen immun sei. Wer sich um eine derartige Selbstimmunisierung bemüht, hilft aber, jegliches Problembewusstsein zu verdrängen und das Ende der Diskussion ohne tatsächliche Weiterentwicklung der Partei in dieser Frage zu befördern. In der Beendigung der Diskussion durch «Ukas von oben» liegt eine große Gefahr.<sup>47</sup> Sie würde der Diskussionsoffenheit und Entwicklungsfähigkeit der Partei DIE LINKE insgesamt schaden und ihre politische Interventions- und Strategiefähigkeit in gesellschaftliche Prozesse lähmen – und hierin dürfte eine ausgesprochen teure Hypothek für die Zukunft liegen.

Ob das Problem der Linken im Verhältnis zu Israel, dem Nahostkonflikt und dem Antisemitismus der «alte antizionistische Geist der DDR»<sup>48</sup> oder eine theoretisch verkürzte Imperialismuskritik westlicher Linker ist – diese Frage sollte erörtern, wer bereit ist, sich auf die politischen Positionen der Partei DIE LINKE ernsthaft und kritisch einzulassen. Zweifellos hat die Debatte bereits jetzt in der Partei einiges in Bewegung gebracht. Das 2011 verabschiedete Parteiprogramm nennt das Existenzrecht Israels als unveräußerlichen Wert, für den DIE LINKE eintritt. Es ist erstmalig klar geworden, dass es einen Kanon von Positionen gibt, die DIE LINKE nicht vertritt und die namens der LINKEN nicht vertreten werden können.

Damit ist in Gang gekommen, was dringend erforderlich ist: eine Begriffsklärung herbeizuführen, was eine moderne, emanzipatorische sozialistisch-demokratische Linke unter Antisemitismus versteht. Aus Sicht der Autoren gehören folgende Sachverhalte unbedingt dazu: Das Abstreiten des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, die Gleichsetzung Israels mit «den Juden», gegebenenfalls verbunden mit der einseitigen Schuldzuweisung an den Staat Israel in Konfliktlagen oder das «Messen mit doppeltem Maß» bei der Bewertung der Politik seiner führenden politischen Kräfte. Das sehen wir etwa dort, wo die internationale Konfliktgeografie in obsessiver Weise auf den Nahen Osten reproduziert und an ihm ideologisch exerziert wird, während der übrige Globus völlig aus dem Blick gerät. Schon die Behauptung, der «Kritik an Israel» würde mit «Maulkörben» und «Denkverboten» begegnet, halten wir für ein von Ressentiment getragenes Vorurteil, weil wir uns selbst wiederholt mit der politischen Strategie rechtsgerichteter Kräfte in Israel, wie andernorts auch, auseinandergesetzt haben.

Es geht – über das bisher Gesagte hinaus – auch um die Frage legitimer linker Bündnispolitik, wie etwa zum Verhältnis der Linken zu islamistischen Organisationen, Strategien oder

Akteuren. Wir halten es für nicht hinnehmbar, wenn LINKE-Fahnen auf Demonstrationen mitgeführt werden, die in nicht überschaubarer Weise Solidarität mit nationalistischen oder islamistischen Organisationen oder Netzwerken propagieren, oder wo einer Gleichsetzung Israels mit den Nazis oder seiner Vernichtung Sympathie entgegenschlägt. Wir halten es für inakzeptabel, etwa den Iran als Anknüpfungspunkt für «linke» Hoffnungen auf Veränderung in der Region zu sehen, oder nationale Erhebungen reflexhaft mit «antiimperialistischer» «Befreiung» und Emanzipation zu identifizieren.

Demokratisch-sozialistischer Internationalismus schließt eine blinde Wahl der Verbündeten nach der Logik «Der Feind meines Feindes ist mein Freund» aus. Er widmet sich der Widersprüchlichkeit der internationalen Beziehungen und der materialistischen Analyse der Verhältnisse innerhalb der nationalen Strukturen. DIE LINKE kann genauso wenig Menschenrechtsverletzungen der israelischen Streitkräfte oder gezielte Tötungen von Menschen akzeptieren wie sie Selbstmordattentate und Granatenangriffe auf israelische Grenzstädte aus dem Gazastreifen heraus als «kollektive Notwehr des unterdrückten palästinensischen Volkes» rechtfertigen oder herunterspielen darf. Sie kann sich genauso wenig mit der israelischen Rechten verbünden wie mit den reaktionären Kräften im Gazastreifen oder der Westbank. Ihr Ziel müsste doch sein, durch die aktive Kooperation mit den ihr politisch nahestehenden Kräften auf beiden Seiten in den offenen Austausch, in einen Lern- und Erfahrungsprozess, einzutreten. Denn die Aneignung internationalistischer Positionen ist letztlich immer so konkret wie praktisch.

DIE LINKE muss ihren Blick schärfen für die Komplexität der bestehenden globalen Konfliktlagen. Sie muss diese Debatte vor allem führen, um in einem zentralen Feld linker Politik, nämlich in einer internationalistischen Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik, praktisch und politisch handlungsfähig zu werden und sich Spielräume und Perspektiven zu erarbeiten. Schon deshalb ist sie in der Pflicht, diese Debatte sachlich, problembewusst und (selbst-)kritisch weiterzuführen.

Prof. Dr. Mario Keßler ist Mitglied der Historischen Kommission der Partei DIE LINKE. Er arbeitet unter anderem zur Haltung der internationalen Linken zum Antisemitismus.

Dr. Klaus Lederer ist Berliner Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE und Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. Dort ist er rechtspolitischer Sprecher seiner Fraktion.

<sup>47</sup> So diskutiert z. B. Peter Ullrich («Im Gespräch: Lautsprecher und Scheuklappen», Freitag vom 16.6.2011, <http://www.freitag.de/politik/1124-lautsprecher-und-scheuklappen>) in kritischer Perspektive die Möglichkeiten einer «administrativen Lösung» des inhaltlichen Problems. <sup>48</sup> So Dieter Graumann, Befreiung aus dem Kerker des Israel-Hasses, in: Süddeutsche Zeitung, 20. Juni 2011.

---

## IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig V. i. S. d. P.: Marion Schütrumpf-Kunze Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127 · Fax -122 m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet) Redaktionsschluss: Mai 2012

Satz und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling